

Austro-Liberalismus oder Chicago-Liberalismus ?

J.G. Hülsmann

Die politische Ökonomie bzw. Nationalökonomie bzw. Volkswirtschaftslehre wurde vor etwa 300 Jahren erstmals systematisch erfaßt und literarisch verfochten. Von Anbeginn an stand dieser Wissenszweig im Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen, denn genau wie im Falle der Theologie und der Naturrechtslehre lagen die Anwendungen der neuen Wissenschaft im Bereich der politischen Ordnung. Aber im Gegensatz zur Theologie und zur klassischen Naturrechtslehre machte die Nationalökonomie keine normativen, sondern positive Aussagen. Die Ökonomen erklärten ihren Zeitgenossen, wie die die gesellschaftliche Welt tatsächlich funktioniert; nicht, wie sie funktionieren sollte. Sie zeigten insbesondere, daß die zahlreichen Eingriffe des Staates häufig ganz andere faktische Folgen mit sich brachten, als dies gemeinhin angenommen wurde. Ihre Kernaussage war: Der Staat hält nicht, was er verspricht. Er kann Individuen und einzelne Gruppen auf Kosten der anderen Bürger bereichern, aber im Ganzen gesehen verringert er durch seine Eingriffe den Wohlstand des Landes.

Indem die Ökonomen diese Aussagen mit einer lückenlosen Argumentation untermauerten, hatten sie einen durchschlagenden Einfluss auf die öffentliche Meinung und bereiteten die sogenannte Industrielle Revolution vor. Die große Umwälzung der Produktionsweise und das daraus entspringende enorme Wirtschaftswachstum des späten 18. und des 19. Jahrhunderts war letztlich eine Frucht des Sieges der Nationalökonomie. Denn die neue Wissenschaft bewies die gesamtwirtschaftlichen Vorteile einer laissez-faire Wirtschaft. Sie zeigte, daß es nicht im Interesse der Allgemeinheit lag, radikale Veränderungen der traditionellen Produktionsweise zu unterbinden. In früheren Jahrhunderten wurden die Maschinen der Ingenieure vom Mob der um seine Arbeit fürchtenden Handarbeiter ungestraft zerstört. Doch nun nahm man es hin, daß traditionelle Arbeitsplätze zerstört wurden und die betroffenen Arbeiter unter dem Zwang ihrer persönlichen Not in die neu geschaffenen Arbeitsplätze der Industrie strömten. Die öffentliche Meinung tolerierte es nun nicht mehr, daß die etablierten Produzenten sich die lästigen Neulinge gewaltsam vom Halse schafften. Ohne diesen grundlegenden Sinneswandel wäre es nicht zu jener weitflächigen Einführung der Fabrikarbeit gekommen, die dem oberflächlichen Beobachter als eine Industrielle Revolution erscheint.

Die Nationalökonomien sollten recht behalten. Die laissez-faire Wirtschaft erwies sich als das geeignete Mittel, um Hunger und Elend auszumerzen und um den Wohlstand der Allgemeinheit ungeahnten Höhen entgegenzuführen. Und dieser praktische Erfolg der Nationalökonomie hat auch das Interesse für diesen Wissenszweig wachgehalten. Wenn man sich heute die Frage stellt, wie man eine liberale Wirtschafts- und Sozialpolitik wissenschaftliche begründen kann, so muss sich die Antwort weiterhin ganz wesentlich auf nationalökonomische Theorien stützen.

Aber auf welche? – schliesslich gibt es eine grosse Zahl theoretischer Ansätze. Die heutigen Liberalen neigen im wesentlichen zwei Denkschulen zu: der Österreichischen Schule (ÖS) und der Chicago-Schule (CS). Im folgenden wollen wir die Argumentationsweise dieser beiden Schulen darstellen. Wir werden insbesondere zu erläutern haben, inwiefern sie der Wirtschafts- und Sozialpolitik eine wissenschaftliche Grundlage zu verschaffen in der Lage sind.

Der Beitrag der Österreichischen Schule

Die ÖS wurde durch Carl Menger (1840-1921) begründet. Menger zeigte in seinen bahnbrechenden Arbeiten, daß die freie Wirtschaft – die laissez-faire Wirtschaft – eine rationale ökonomische Ordnung ist, in der die Einkommen aller Produktionsfaktoren von ihrem jeweiligen marginalen Beitrag zur Befriedigung der Konsumentenwünsche abhängt.¹ Darüberhinaus wies er auf, daß viele gesellschaftliche Institutionen, die häufig auf eine gesellschaftliche oder politische Konvention zurückgeführt werden – wie etwa Sprache, Recht und Geldgebrauch – einen spontanen Ursprung haben; d.h. sie entstanden durch das Handeln einzelner oder weniger Individuen, die zunächst nur auf die Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse abzielten, und erst durch die ungezwungene Nachahmung dieser Praktiken durch andere Individuen und Gruppen bildeten sich dieselben Praktiken im Laufe der Zeit als allgemeine Institutionen heraus.²

In seinen Schriften hat sich Menger nicht direkt zur Wirtschaftspolitik geäußert. Wir wissen heute durch die Aufzeichnungen seines prominentesten Schülers, des Kronprinzen Rudolfs von Habsburg, daß Menger einen markanten Liberalismus vertrat, der sehr viel

¹ Siehe Carl Menger, Grundsätze der Volkswirtschaftslehre (Wien: Braumüller, 1871).

² Siehe Carl Menger, Untersuchungen zur Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere (Leipzig: Duncker & Humblot, 1883).

minimaler war als das Programm, das Adam Smith in seinem Wohlstand der Nationen verfochten hatte.³ Aber es waren nicht die politischen Auffassungen Mengers, die schulbildend wirkten. Vielmehr war es seine wissenschaftliche Methode, die bis zum heutigen Tag immer neue Denker in den Bann der ÖS zogen. Menger war ein methodologischer Realist.⁴ Er suchte die im Bereich der Sozialerscheinungen wirksamen Ursache- und Wirkungsbeziehungen durch eine beschreibende Analyse, in der die Kausalkette lückenlos nachgewiesen wurde, zu erforschen. Alle anderen methodologischen Grundsätze, die heute häufig mit der ÖS in Verbindung gebracht werden (insbesondere der Individualismus, der Subjektivismus und der Apriorismus) entspringen letztlich diesem einen Grundsatz.

In der sog. zweiten Generation der ÖS – der Generation der ersten Menger-Schüler, darunter vor allem Eugen von Böhm-Bawerk und Friedrich von Wieser – kristallisierte sich in der Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen ein zentrales Problem heraus, mit dem sich auch alle anderen Denkschulen des 20. Jh. – auch die CS – befassen mussten. Es handelt sich dabei um das Problem der sogenannten inter-individuellen Nutzenvergleiche. Insbesondere Wieser arbeitete eine Theorie heraus, der zufolge die Wert- bzw. Nutzenrechnung der Inbegriff der rationalen Wirtschaftsführung sei. Sie habe diese zentrale Bedeutung für das Wirtschaften völlig unabhängig von der herrschenden politischen Ordnung. Ob in Marktwirtschaft oder im Kommunismus – auf die Wertrechnung könne man nicht verzichten, ohne daß es zur Verschwendung knapper Ressourcen käme.

Wiesers Theorie hatte zwei implizite fiktive Voraussetzungen.⁵ Zum einen nahm er an, daß die ökonomische Kategorie „Wert“ eine irgendwie geartete Substanz sei – ähnlich wie die auf dem Markt gezahlten Preise – die sich daher zumindest im Prinzip messen liesse. Zum anderen unterstellte er, daß die Werte verschiedener Individuen grundsätzlich von gleicher Art seien und daher im Wege einer sozialen Wertrechnung aufaddiert werden könnten. Beide Voraussetzungen waren rein fiktiv, da weder Wieser noch irgendein anderer Ökonom jemals eine grundlegende Werteinheit bestimmt hat.

³ Siehe Erich Streissler, „Menger’s treatment of economics in the Rudolf lectures,” E.W. Streissler, M. Streissler (Hrsg.), Carl Menger’s Lectures to Crown Prince Rudolf of Austria (Aldershot: Edward Elgar, 1994).

⁴ Siehe insb. Barry Smith, Austrian Philosophy (Chicago: Open Court, 1994), Kap. 10; B. Smith and W. Grassl (Hrsg.), Austrian Economics (London: Croom Helm, 1986).

⁵ Siehe F.v. Wieser, Über den Ursprung und die Hauptgesetze des wirtschaftlichen Wertes (Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 1884); ders., Der natürliche Wert (Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, 1889).

Die Wieser'sche Auffassung wurde daher ganz folgerichtig von einer Gruppe jüngerer Denker der dritten Generation der ÖS Schule in Frage gestellt. Der junge tschechische Ökonom Franz Čuhel und die junge Wiener Ökonom Ludwig von Mises deckten in ihren Schriften die Mängel der Wertrechnungstheorie à la Wieser schonungslos auf. Čuhel argumentierte, daß der Wert bzw. der Nutzen nicht als soziale Rechnungseinheit taugte, da es sich um eine rein individuelle Grösse handelte, diese Grösse im Zeitablauf variierte und vom Umfang des Gütervorrats abhängt. Čuhel wies mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß die Kategorie des Wertes streng genommen nur auf individuelle Wahlhandlungen anwendbar sein. Aus seinen Darlegungen musste gefolgert werden, daß es selbst für ein und dasselbe Individuum sinnlos sei, die Werte verschiedener Wertpunkte mit Hilfe der vier Grundrechenarten zu manipulieren.⁶

Mises legte dann in seiner Habilitationsschrift nach, indem er zeigte, wie sich das Wertphänomen realistisch beschreiben ließ.⁷ Der Wert war im Lichte der Mises'schen Darlegungen keine geheimnisvolle Substanz, deren Existenz man zunächst einmal nur annehmen müsste, um sie dann zu einem späteren Zeitpunkt näher zu ergründen. Vielmehr sei der Wert eine besondere Relation zwischen Wahlalternativen. Er sei die Relation des Vorziehens und Nachordnens. In jeder Wahl zwischen sich ausschliessenden Alternativen kann in der Tat nur eine geplante Handlung zur Ausführung gelangen, während alle anderen Alternativen im Planstadium bleiben. Die ausgeführte Alternative befindet sich mithin in einem besonderen Verhältnis zu jenen anderen Alternativen. Dieses Verhältnis ist das Wertverhältnis. Der Wert irgendeines Dinges lässt sich daher immer nur in Wahlhandlungen bestimmen; und immer nur im Vergleich zu Dingen, die Gegenstand der gleichen Wahlhandlung sind.

Alles, was die ÖS im Laufe des 20. Jahrhunderts zur wissenschaftlichen Unterfütterung der Wirtschafts- und Sozialpolitik beigetragen hat, nimmt seinen Ausgang von diesen frühen Arbeiten. Insbesondere Mises und seine Schüler sind bei allen ihren Überlegungen immer davon ausgegangen, daß die Kategorie des Wertes ein Oberbegriff für mehr oder minder singuläre Relationen ist, die durch die immer wechselnden Umstände von Zeit und Ort sowie durch die (sich ebenfalls wandelnde) Subjektivität der wählenden Individuen wesentlich bestimmt sind. Es war daher für sie ausgeschlossen, wirtschaftspolitische Denkgebäude zu

⁶ Siehe F. Čuhel, Zur Lehre von den Bedürfnissen (Innsbruck: Wagner, 1907), insb. S. 178f u. 210.

⁷ Siehe L.v. Mises, Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel (München/Leipzig: Duncker & Humblot, 1912), Kap. 2.

errichten, die letztlich auf der bequemen Fiktion einer kardinalen und sozialen Nutzen- bzw. Werteinheit beruhen.

Nun ist Ludwig von Mises als ein eminent politischer Denker bekannt. Wie begründete er seine politischen Schlussfolgerungen, ohne auf die Krücke der fiktiven Nutzenvergleiche zurückzugreifen? Zwei Elemente seines Denkens sind hier charakteristisch: die Wirtschaftsrechnungstheorie und die Theorie des Interventionismus.⁸

Mises' Theorie der Wirtschaftsrechnung entstand aus seiner jahrelangen Auseinandersetzung mit der Wieser'schen Theorie der Wertrechnung.⁹ Hier ging er sozusagen den „Bedingungen der Möglichkeit“ einer jeden Wirtschaftsrechnung auf den Grund. Er kam zu folgendem Ergebnis: Ein Rechnen mit Werten ist aus den genannten Gründen nicht möglich. Die einzige zweckmässige Form der Wirtschaftsrechnung stützt sich in der Tat auf die Geldpreise. Nur Geldpreise bieten eine allgemeine Recheneinheit, die im Zuge einer Rentabilitätsrechnung auf prinzipiell jedes Investitionsvorhaben angewendet werden kann. Es ist daher ein Irrtum, mit Wieser anzunehmen, daß die Bürger jeder politischen Ordnung das Instrument der Wirtschaftsrechnung zur Verfügung hätten. Nur die Bürger jener Ordnungen, in denen es Geldpreise gibt, können ihr Handeln rechnend planen und auswerten. Daraus leitete Mises dann eine berühmte Schlussfolgerung ab: der Sozialismus ist keine rationale Wirtschaftsordnung, weil es in ihm per definitionem keine Preise für Produktionsfaktoren geben kann.

Auch in seiner Theorie des Interventionismus gelingt es Mises, daß Problem der inter-individuellen Nutzenvergleiche zu vermeiden. Mises argumentiert hier wie folgt: die Interventionen des Staates werden immer damit begründet, daß sie zur Verfolgung bestimmter Ziele dienen, die dem Allgemeinwohl förderlich sind. Nun lässt sich aber durch die ökonomische Analyse immer wieder zeigen, daß diese Begründungen nicht stimmen. Die geforderten Interventionen sind keine geeigneten Mittel, um das angebliche Ziel zu erreichen. Ein Beispiel aus Mises' Feder: Es herrscht Milchknappheit, und viele Mütter können die hohen Preise nicht bezahlen, um ihren Kindern den Milchgenuss zu ermöglichen. Nun werden Stimmen laut, der Staat möge durch Festsetzung von Höchstpreisen die Lage auf dem Milchmarkt entspannen. Doch diese Stimmen irren sich. Höchstpreise sind kein geeignetes

⁸ Siehe Mises, Die Gemeinwirtschaft (Jena: Fischer, 1922); ders., Kritik des Interventionismus (Jena: Fischer, 1929).

⁹ Siehe J.G. Hülsmann, "From Value Theory to Praxeology," Einl. zur 3. Aufl. von Mises, Epistemological Problems of Economics (Auburn/ Mises Institute, 2003).

Mittel, um die Milchversorgung zu verbessern. Kurzfristig wird die vorhandene Milch durch die Höchstpreise einfach nur anders verteilt als es sonst geschehen wäre; es bleiben also immer noch Kinder ohne Milch. Mittel- und langfristig aber bewirken die Höchstpreise eine Verringerung der Produktion, da angesichts der geringeren Preise die sogenannten Grenzanbieter nicht mehr rentabel produzieren können. Die Lage auf dem Milchmarkt wird also nicht nur nicht entspannt, sie verschärft sich sogar. Mises weist in seinen Schriften zum Interventionismus eindringlich darauf hin, daß er den Interventionismus nicht auf Grund seiner persönlichen Werturteile ablehnt. Vielmehr ist der Interventionismus unzweckmässig, und zwar gerade vom Standpunkt derjenigen, die ihn fordern.

Nach Mises haben vor allem der vor einigen Jahren verstorbene Murray Rothbard und Professor Hoppe die „österreichische“ Theorie der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterentwickelt.

Rothbard ist weiteren Kreisen natürlich vor allem als Begründer des modernen „Anarchokapitalismus“ bekannt.¹⁰ Er sah überhaupt keinen legitimen Zweck in der Einrichtung eines Staates – „Staat“ verstanden im modernen Hobbesianischen Sinne des Wortes. Indem er an die Arbeiten einiger Ökonomen des 19. Jahrhunderts (v.a. Gustave de Molinari¹¹) anknüpfte, zeigte Rothbard, wie eine wettbewerbliche Sicherheitsproduktion funktionieren könnte. Wie auch seine Vorgänger erkannte Rothbard sehr klar, daß er damit die zentrale Annahme der modernen politischen Philosophie in Frage stellte. Wenn nämlich der Staat noch nicht einmal zur Bereitstellung von Polizei-, Armee- und Gerichtsdiensten erforderlich ist, wenn diese Leistungen vielmehr auch wettbewerblich erbracht werden können, so kann von einer praktischen Notwendigkeit des Staates nicht die Rede sein.

Die ökonomische Analyse kann also die faktische Möglichkeit und die faktischen Vorteile einer reinen Privatrechtsordnung darlegen. Dennoch ist die Wirtschaftstheorie – auch die Theorie der ÖS – nach Rothbard nicht dazu geeignet, eine vollkommen freie laissez-faire Gesellschaft normativ zu begründen. Auch Rothbard betonte in seinen Schriften zu dieser Frage immer wieder das Problem der Unmöglichkeit inter-individueller Nutzenvergleiche. Er zeigte insbesondere, daß es aus wissenschaftlicher Sicht nicht zulässig ist, dem langfristigen

¹⁰ Siehe insb. Rothbard, For a New Liberty (San Francisco : Fox & Wilkes, 1973) ; ders., Die Ethik der Freiheit (St. Augustin: Akademia, 1999).

¹¹ Siehe G. de Molinari, „Über die Produktion von Sicherheit“ Aufklärung und Kritik, Sonderband „Liberalismus“ (1998).

Nutzen der Gesellschaftsmitglieder größere Bedeutung beizumessen als dem kurzfristigen.¹² Wenn daher z.B. Staat eine kurzfristige Umverteilungspolitik verfolgt, dies aber ausdrücklich im Namen der Umverteilung an sich tut, d.h. unter ausdrücklicher Inkaufnahme eines geringeren langfristigen Wirtschaftswachstums, so wäre diesem Ansinnen vom Standpunkt der Wissenschaft nichts entgegenzuhalten. Aus diesen Überlegungen zog Rothbard einen weitreichenden Schluss. In seinen Augen ist die Wirtschaftstheorie nur ein Teil einer umfassenderen Theorie der Freiheit – der liberalen Sozialphilosophie, die Rothbard „Libertarianism“ nannte. Sie bedarf der Ergänzung durch eine politische Ethik, um zu einer wasserdichten Begründung der freien Gesellschaft zu gelangen.

Wie sieht eine solche Ethik der Freiheit aus? Rothbard legt dar, daß alle gesellschaftlichen Konflikte letztlich Eigentumskonflikte sind. Für die politische Ethik folgt daraus die Aufgabe, die Bedingungen eines gerechten Eigentumserwerbs zu untersuchen. Er selber knüpft in seiner Gedankenführung an die Eigentumstheorie John Lockes an, die er systematisiert und bereinigt. Rothbard geht davon aus, daß jede Person ein Selbsteigentümer ist und durch Arbeit dieses Selbsteigentum mit den Elementen der nicht-menschlichen Umwelt „vermischt“. Dadurch wiederum werden diese Elemente selber zu Eigentum des Arbeiters. Die einmal angeeigneten Gegenstände können dann an andere Menschen im Wege der Schenkung und des Tausches veräußert werden. Eine vollkommene Privatrechtsgesellschaft zeichnet sich nach Rothbard erstens dadurch aus, daß herrenlose Güter nur durch Arbeit – d.h. insbesondere nicht durch bloß verbale Anspruchserklärungen – zu Eigentum werden können. Zweitens können in ihr die einmal dem herrenlosen Naturzustand entrissenen Güter nur unter Einwilligung des bisherigen Eigentümers zum Eigentum anderer Menschen werden. Nur dieser rein privatrechtliche Übergang von Eigentum läßt sich in Rothbards Augen ethisch rechtfertigen. Die einzige praktische Alternative bestünde darin, daß man auch die gewaltsame Aneignung von Eigentum in einigen Fällen duldet bzw. guthieße. Aber diese Alternative läßt sich eben nicht ethisch rechtfertigen, da sie darauf hinausläuft, daß man den Grundsatz der Gleichheit vor dem Recht preisgibt. Es gäbe dann besondere Rechtsregeln für verschiedene Personenkreise.

¹² Siehe Rothbard, Ethik der Freiheit, Kap. 26.

Im Anschluß an Rothbard hat Hans-Hermann Hoppe dem Grundsatz des Selbsteigentums eine neue theoretische Grundlage gegeben.¹³ Hoppe untersucht in bewährter philosophischer Manier die Bedingungen der Möglichkeit einer Rechtfertigung des Eigentums. Indem er sein Augenmerk zunächst den Eigenschaften von Rechtfertigungen im allgemeinen zuwendet, betont er, daß jedwede Rechtfertigung zwangsläufig im Wege einer Argumentation erfolgt. Aber von einer Argumentation kann nur dann die Rede sein, wenn jeder der beteiligten Gesprächspartner über einen Autonomiebereich verfügt und einen ebensolchen Autonomiebereich auch den anderen Gesprächspartnern zugesteht. Zu diesem Bereich gehört insbesondere die physische Person des Argumentierenden.

Daraus ergibt sich eine höchst interessante und wichtige Folgerung. Wenn sich nämlich jemand dazu anschickt, den unbedingten Grundsatz des Selbsteigentums in Frage zu stellen, so verwickelt dieser Jemand sich zwangsläufig in einen Widerspruch. Auf der einen Seite bestreitet er die Berechtigung des Selbsteigentums, auf der anderen Seite unterstellt seine Argumentation, daß er selber Anspruch auf Selbsteigentum erhebt und er auch allen potentiellen Gesprächspartnern dieses Recht zugesteht. Mit anderen Worten ist es im Lichte der Hoppe'schen Analyse nicht möglich, zu einer widerspruchsfreien Rechtfertigung der Einschränkung des Selbsteigentums zu gelangen. Nur das Selbsteigentum und die auf der Grundlage des Selbsteigentums möglichen Aneignungsformen (Schenkung und Tausch) können widerspruchsfrei begründet werden.

Hoppe liefert uns keine im strengen Sinne ethische Theorie. Er sagt uns nicht, was wir zu tun oder zu denken hätten. Aber durch seine praxeologische Untersuchung der praktischen Seite von Argumentationsprozessen zeigt er uns, daß bestimmte politische Auffassungen grundsätzlich rechtfertigungsfähig sind, während andere Auffassungen aus logischen Gründen keiner allgemeinen Zustimmung fähig sind.

Der Beitrag der Chicago-Schule

Wir kommen nun zur Darstellung der Theorie der CS. Bereits rein äußerlich weisen die Schriften und die Argumentationsweisen der Vertreter dieser Schule große Unterschiede im Vergleich zu denen der ÖS auf. Dies betrifft insbesondere die Verwendung der algebraischen

¹³ H.-H. Hoppe, Eigentum, Anarchie und Staat (Opladen : Westdeutscher Verlag, 1986) ; ders., A Theory of Socialism and Capitalism (Boston: Kluwer, 1989); ders., The Economics and Ethics of Private Property (Boston: Kluwer, 1989).

Zeichensprache und die Heranziehung quantitativer Feldstudien zur Begründung der Theorie. Es würde uns an dieser Stelle zu weit vom Thema wegführen, wollten wir auf die epistemologischen und methodologischen Auffassungen erörtern, die diesen Unterschieden zugrunde liegen. Wir wollen daher lieber von den wichtigsten Theorieelementen der CS sprechen.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die CS jünger ist als die ÖS. Sie entstand an der mit privaten Stiftungsgeldern großzügig ausgestatteten wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Chicagoer Universität in den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Zweitens bemerken wir, daß die CS von Anfang an nicht durch ein einheitliches Theoriegebäude gekennzeichnet war, das durch nachfolgende Forschergenerationen mehr und mehr verfeinert und berichtigt wurde. Vielmehr standen zwei allgemeine Orientierungen bei ihrer Geburt Pate und haben die weitere Entwicklung der CS bis zum heutigen Tage beeinflusst: der Positivismus und der Neoliberalismus.

Das Wort „Neoliberalismus“ taucht zum ersten Mal in den 1930er Jahren auf und bezeichnet von Anfang an eine Ideologie des dritten Weges. Die Anhänger des Neoliberalismus widersetzen sich dem Zeitgeist, der der Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft zustrebt. Aber sie lehnen auch den Liberalismus des 19. Jahrhunderts ab, der ihnen zu radikal und dogmatisch ist. Sie wollen kein neues Manchestertum und keinen Nachtwächterstaat. Vielmehr soll der Staat eine zentrale Rolle als Ordner des Tagesgeschehens spielen. Er soll zwar nicht selber produzieren bzw. die Produktion der Bürger leiten, aber er soll durch Setzung der Rahmenbedingungen das Wirtschaftsgeschehen in die gewünschten Bahnen lenken. Unter diesem Banner entwickelten in den 1930er Jahren an verschiedenen Orten neoliberale Denkschulen, die der allgemeinen Idee des dritten Weges konkreten Inhalt geben wollten. In Deutschland entwickelte sich der Ordoliberalismus unter Eucken und Böhm, in den USA entwickelte sich die CS unter Frank Knight und Henry Simon.

Das Schlagwort „Positivismus“ steht in den Gesellschaftswissenschaften für das Bestreben, sich der Forschungsmethoden der Naturwissenschaften zu bedienen.¹⁴ Methodologisch folgt daraus vor allem eine mehr oder minder ausgeprägte Gleichgültigkeit gegenüber dem Realismus der Annahmen. Milton Friedman hat die Grundidee Anfang der 1950er Jahre auf

¹⁴ Diese Orientierung wurde insbesondere von den frühen Geldgebern der CS nach Kräften gefördert. Die mwissenschaftlichen Leiter der Rockefeller Stiftung und der Ford Stiftung waren von Nutzen und Notwendigkeit des Positivismus völlig überzeugt. Siehe Raymond B. Fosdick, The Story of the Rockefeller Foundation (New York: Harper & Brothers, 1952).

den Punkt gebracht, als er betonte, daß die Annahmen durchaus fiktiv sein und dennoch zu nützlichen Ergebnissen führen können, indem sie nämlich die Konstruktion von Theorien erlauben, mit denen sich die Zukunft vorhersagen läßt.¹⁵

Im Rückblick auf die fünfzig Jahre, die seit dieser programmatischen Erklärung verstrichen sind, können wir durchaus festhalten, daß die Friedman'sche Verheißung nicht eingetroffen ist.¹⁶ Es ist der CS – wie übrigens auch keiner anderen Schule – gelungen, Theorien aufzustellen, mit denen sich die menschliche Zukunft auch nur einigermaßen genau vorhersagen ließe. Die Gleichgültigkeit gegenüber dem Realismus der Analysemethoden hat also die erhofften Früchte nicht getragen. Ganz im Gegenteil: der sorglose Umgang mit fiktiven Konstruktionen hat zur Entwicklung von sozialwissenschaftlichen Mythen geführt, die nicht nur das Verständnis der Wirklichkeit nicht gefördert haben, sondern im Ergebnis zu einer Vermehrung der zwecklosen staatlichen Interventionen führten. Zwei Beispiele mögen dies veranschaulichen: das sogenannte Modell der vollkommenen Konkurrenz und die Theorie der sozialen Kosten.

Das Modell der vollkommenen Konkurrenz war eine Kopfgeburt mathematisch orientierter Ökonomen.¹⁷ Einer der Führer dieser Bewegung des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts war Frank Knight, der dem Modell auch seine bis heute weithin akzeptierte axiomatische Formulierung gab.¹⁸ Dem Modell liegt die Vorstellung zugrunde, daß der Markt dann besonders gut funktioniert und nützlich ist, wenn er sich im allgemeinen Gleichgewicht befindet. Eine solche Situation wurde von den Vertretern der sogenannten Lausanner Schule – Walras und Pareto – als ein soziales Optimum angesehen. Knight warf dann die Frage auf, unter welchen Bedingungen es denn regelmäßig zum allgemeinen Gleichgewicht kommen müsse. Seine Antwort: die Marktteilnehmer müßten über die Gabe vollkommener Voraussicht verfügen; es müßte eine große Anzahl von Marktteilnehmern sowohl auf der Angebots-, als auch auf der Nachfrageseite geben; und außerdem müßten alle Güter vollkommen teilbar sein.

¹⁵ Siehe M. Friedman, Essays in Positive Economics (Chicago : University of Chicago Press, 1953).

¹⁶ Die tieferliegenden wissenschaftstheoretischen und methodologischen Gründe für dieses Scheitern wurden von Professor Hoppe glänzend dargelegt. Wir können an dieser Stelle von einer Diskussion derselben absehen. Siehe Hoppe, Kritik der Kausalwissenschaftlichen Sozialforschung (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983); ders., A Theory of Socialism and Capitalism, Kap. 8; ders., Economic Science and the Austrian Method (Auburn: Mises Institute, 1995).

¹⁷ Siehe Frank M. Machovec, Perfect Competition and the Transformation of Economics (London : Routledge, 1995).

¹⁸ Siehe Knight, Risk, Uncertainty, and Profit (Chicago: University of Chicago Press, 1971 [1921]).

Nun ist es offensichtlich, daß diese Bedingungen niemals in der wirklichen Welt gegeben sind. Wenn aber die Voraussetzung stimmt; wenn es stimmt, daß die vom Modell beschriebene Situation gesellschaftlich gesehen optimal ist, dann stellt sich offensichtlich die Frage, wie man die Wirklichkeit in größere Übereinstimmung mit dem Modell bringen könnte. Genau diese Frage stellten sich alle von der mathematischen Ökonomie beeinflussten Forscher. Ganz unabhängig von den konkreten Antworten, die sie auf diese Frage gaben, waren sie sich doch völlig einig bezüglich des Mittels, mit dem die Angleichung der Welt an das ökonomische Modell herbeigeführt werden sollte. Sie forderten die starke Hand von Vater Staat.¹⁹ Das wichtigste Beispiel dafür, wie diese Denkmethode in praktisches Handeln umgesetzt wurde, bietet sich uns in der sogenannten Wettbewerbspolitik. Bis zum heutigen Tag besteht die Grundidee des Bundeskartellamts und ähnlicher Behörden in anderen Teilen der Welt darin, die realen Märkte durch Förderung und Untersagen von Unternehmenskonzentration so zu beeinflussen, daß sie der vermeintlich vollkommenen Konkurrenz ein wenig ähnlicher sehen.

Wir sehen also, daß die Verwendung fiktiver Annahmen in der Wirtschaftstheorie keineswegs in einem politischen Vakuum stattfindet. Sie hat in der Praxis zur Konstruktion von Theorien geführt, aus denen die Nützlichkeit bzw. Notwendigkeit weitreichender staatlicher Eingriffe abgeleitet wurden. Angesichts dieser Tatsache ist es auch wenig überraschend, daß die frühen Vertreter der CS nicht gerade als Botschafter des traditionellen American way of life angesehen wurden. Sie wurden vielmehr weithin als Teil einer linken Bewegung unter den Ökonomen wahrgenommen. Diese Wahrnehmung änderte sich erst im Laufe der zweiten Hälfte der 20. Jahrhunderts, und sie änderte sich nur deshalb, weil die meisten amerikanischen Ökonomen sich nun noch schneller als die CS mit dem staatlichen Interventionismus anfreundeten.²⁰ Die CS blieb während der letzten fünfzig Jahre unter der Führung von Milton Friedman, George Stigler, Ronald Coase und Gary Becker vergleichsweise marktfreundlich. In einem zunehmend linken intellektuellen Umfeld verdiente sie sich dadurch den Ruf eines Gralshüters der Marktwirtschaft.

¹⁹ Symptomatisch ist das Werk eines der Gründerväter der CS: Henry C. Simon, A Positive Program for Laissez faire: Some Proposals for a Liberal Economic Policy (Chicago: University of Chicago Press, 1934).

²⁰ Vgl. Rothbard, „Milton Friedman Unraveled“, Journal of Libertarian Studies, Bd. 16, Nr. 4 (Herbst 2002); Erstveröffentlichung in The Individualist (1971).

Aber dieser Ruf ist nicht ganz verdient, wie wir nun am weiteren Beispiel der Theorie der sozialen Kosten zeigen wollen. Diese Theorie wurde von Ronald Coase erfunden und in einem 1960 veröffentlichten Artikel vorgestellt.²¹

Coase reagierte hier auf den ausufernden Gebrauch, der vom Modell der vollkommenen Konkurrenz zur Begründung staatlicher Eingriffe gemacht wurde. Er argumentierte wie folgt: Zur Rechtfertigung eines staatlichen Eingriffs reicht es nicht, wenn man nur zeigt, daß die reale Wirtschaft vom konstruierten Ideal der ökonomischen Theorie abweicht. Denn es kann durchaus sein, daß der geplante Eingriff des Staates das Problem vergrößert. Das staatliche Handeln ist nicht kostenlos. Es läßt sich daher nach Coase nur dann rechtfertigen, wenn seine Kosten geringer sind als der erbrachte Dienst. Es muß daher stets eine fallweise Abwägung vorgenommen werden. In einigen Fällen wird diese Abwägung zugunsten des geplanten Eingriffs ausfallen, in anderen Fällen gegen ihn.

Coase gab nun seiner Argumentation einen allgemeinen Ausdruck. Die fallweise Abwägung von sozialen Kosten und Nutzen sollte nicht nur bei der Beurteilung staatlichen Handelns zur Anwendung kommen. Coase sah hier vielmehr eine Methode, die sich grundsätzlich bei der Erörterung aller gesellschaftlichen Konflikte anwenden ließ. Insbesondere ließen sich Eigentumskonflikte im Lichte der Abwägung sozialer Kosten entscheiden. Zur Veranschaulichung seiner Theorie gab Coase u.a. folgendes Beispiel: ein funkensprühender Zug fährt durch ein Kornfeld und beschädigt dabei einen Teil des Getreides. Wie soll der Schaden bereinigt werden? Die traditionelle Antwort würde lauten: der Eigentümer des Getreides soll entschädigt werden. Aber diese Antwort setzt natürlich voraus, daß die Eigentumsrechte unabhängig von Kosten- und Nutzenerwägungen definiert sind. Für Coase dagegen sind solche Erwägungen die Grundlage für die Zuteilung von Eigentumsrechten. Er antwortet daher: das Korn soll demjenigen gehören, für den es den höchsten Wert bzw. Nutzen hat. Mit anderen Worten nimmt Coase hier eine völlig

²¹ Siehe R.N. Coase, „The Problem of Social Cost“, Journal of Law and Economics, Bd. 3, 1960. Kritisch dazu von österreichischer Seite: Walter Block, „Coase and Demsetz on Private Property Rights“, Journal of Libertarian Studies, vol. 1, no. 2 (Spring 1977); idem, „Total Repeal of Antitrust Legislation: A Critique of Bork, Brozen, and Posner“, Review of Austrian Economics, vol. 8, no. 1 (1994); idem, „Ethics, Efficiency, Coasian Property Rights, and Psychic Income: A Reply to Harold Demsetz“, Review of Austrian Economics, vol. 8, no. 2 (1995); idem, „Private Property Rights, Erroneous Interpretations, Morality, and Economics“, Quarterly Journal of Austrian Economics, vol. 3, no. 1 (2000); Gary North, The Coase Theorem (Tyler, Texas: Institute for Christian Economics, 1992); ders., „Undermining Property Rights: Coase and Becker“, Journal of Libertarian Studies, vol. 16, no. 4 (Fall 2002); Roy Cordato, „Knowledge Problem and the Problem of Social Cost“, Journal of the History of Economic Thought, vol. 14 (Fall 1992); J.G. Hülsmann, „The A Priori Foundations of Property Economics“, Quarterly Journal of Austrian Economics, Bd. 7, Nr. 4 (2004); and Hans-Hermann Hoppe, „The Ethics and Economics of Private Property“, E. Colombatto (ed.), The Elgar Companion to the Economics of Private Property (London: Edward Elgar, 2004).

gleichgültige Haltung gegenüber Eigentumsrechten ein. Eigentumsrechte sind für ihn keine Ausgangsdaten der ökonomischen Analyse, sondern Variablen, die im Lichte der ökonomischen Analyse optimal unter der Bevölkerung aufgeteilt werden sollten.

Dieser Ansatz wurde in der Folge von Gary Becker und anderen in einer neuen ökonomischen Analyse des Verbrechens auf die Spitze getrieben.²² Genau wie Coase geht Becker davon aus, daß der Ökonom nicht von gegebenen Eigentumsrechte auszugehen habe, sondern daß seine Aufgabe vielmehr darin besteht, die bestmögliche Verteilung von Eigentumsrechten unter den Konfliktparteien zu bestimmen. Die „Konfliktparteien“ sind im vorliegenden Fall zum Beispiel die Diebe und Vergewaltiger auf der einen Seite und die Bestohlenen und Vergewaltigten auf der anderen Seite. Keine der beiden Seiten hat vom Standpunkt des Becker'schen Raisonnements a priori irgendwelche besonderen Ansprüche. Den Ökonomen interessiert allein die Kostenseite. Eigentumsrechte verdienen nur dann durchgesetzt zu werden, wenn der resultierende Nutzen größer ist als die aufgewendeten Kosten. Darüber hinaus würde es nur zur Verschwendung knapper Ressourcen kommen. Es gibt daher eine gesellschaftlich gesehen optimale Verbrechensrate, mit der man einfach leben muß.

Die Kritiker dieses Ansatzes – vor allem Kritiker aus den Reihen der ÖS wie Walter Block und Gary North – haben auf seine absurden Implikationen hingewiesen. Wenn Eigentumsrechte Variablen der ökonomischen Analyse sind, dann gibt es in der Tat überhaupt keine sicheren Eigentumsrechte mehr. Was wem gehört, muß in jeder Minute neu bestimmt werden. Und hinzu kommt die zynische Antwort, die ein in den Theorien Beckers geschulter Vergewaltiger seinem Opfer geben kann: sein Nutzen sei höher als ihre Kosten.

Aber das Grundproblem liegt im inter-individuellen Nutzenvergleich, dessen Möglichkeit von der CS zumindest implizit unterstellt wird. Das Modell des allgemeinen Gleichgewichts in vollkommener Konkurrenz kann in der Tat nur dann als ein soziales Optimum angesehen werden, wenn man die Existenz einer sozialen Nutzeneinheit annimmt. Aber man kann es nicht genug betonen: vom Standpunkt der Wissenschaft ist nichts über eine solche Einheit bekannt. Es handelt sich hier schlicht und einfach um einen Mythos, der sich nur deshalb so hartnäckig erhält, weil die meisten Ökonomen nichts dabei finden, ihre Überlegungen vornehmlich more fictivo anzustellen. Sie schlürfen die positivistische Gleichgültigkeit

²² Becker, Gary S., "Crime and Punishment: An Economic Approach," Journal of Political Economy, Bd. 76, Nr. 2 (März/April), 1968. Kritisch dazu: G. North, "Undermining Property Rights: Coase and Becker"; L. Carnis, "Pitfalls of the Classical School of Crime" Quarterly Journal of Austrian Economics, Bd. 7, Nr. 4 (2004).

gegenüber dem Realismus der Theorie sozusagen mit der Muttermilch. Sie haben sich daran gewöhnt, auf der Grundlage vollkommen fiktiver Annahmen weitreichende Schlüsse zu ziehen und in die Praxis umzusetzen.

Der gleiche Mangel plagt auch die Theorien von Coase und Becker. Es scheint moderat und vernünftig zu sein, wenn man anmahnt, Verschwendungen zu vermeiden. Es scheint ein Ausdruck selbstloser wissenschaftlicher Neutralität zu sein, wenn man den Dieb und den Bestohlenen als gleichberechtigte Konfliktparteien ansieht. Aber solange man nicht weiß, wie Kosten und Nutzen verschiedener Individuen auf einen Nenner gebracht werden können – und wie gesagt ist nichts über ein solches Verfahren bekannt – handelt es sich hier um höchstgefährliche Mythen. Niemand kann sagen, welche Lösung in einem Eigentumskonflikt die „sozialen Kosten“ minimiert. Niemand ist in der Lage, eine realistische Definition dafür zu geben, was mit diesem Ausdruck überhaupt gemeint sein soll.

Als Folge ergibt sich, daß die besprochenen Theorien der CS überhaupt nur dann zur Anwendung gelangen können, wenn einige Auserwählte damit betraut werden, den von der Theorie unterstellten Fiktionen eine operationale Bedeutung zu geben. Überspitzt gesagt ebnet jene Theorien den Weg zu einem ökonomischen Priestertum, nur daß sich diese neuen Priester im säkulären Gewand des wissenschaftlichen Experten präsentieren.²³ Unerhörte Macht und die Möglichkeit unerhörter Willkür im Zeichen einer ökonomischen Theokratie – das ist die Erbschaft, die uns die CS hinterläßt.

Schlußfolgerungen

Wir haben den Gegensatz zwischen der ÖS und der CS am Gegensatz zwischen Realismus und Positivismus herauszuarbeiten versucht. Die Bedeutung der ÖS zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt in der Tat vor allem darin, daß sie jene Tradition weiter führt, die die Nationalökonomie groß gemacht hat. Der durchschlagende praktische Erfolg dieser neuen Wissenschaft, der sich erst im Verlauf des 19. und frühen 20. Jahrhunderts klar zeigte, beruhte auf den Errungenschaften der frühen Nationalökonomie. Er beruhte auf den Arbeiten von Cantillon, Hume, Turgot, Condillac, Say, Smith und Ricardo. Was diese Arbeiten auszeichnet ist die stete Anlehnung der Gedankenführung an jedermann zugängliche Erfahrungstatsachen.

²³ Siehe Mises, The Ultimate Foundations of Economic Science (Irvington-on-Hudson: Foundation for Economic Education, 1996 [1962]), S. 131f.

Wie dagegen das Beispiel der CS zeigt, führt der Positivismus in den Sozialwissenschaften keineswegs zu ähnlichem Erfolg. Indem er zur Sorglosigkeit bei der Theoriebildung verführt, begünstigt er die Verwandlung methodologischer Fiktionen in sozialwissenschaftliche Mythen. Deren praktische Umsetzung wiederum begünstigt das Entstehen von pseudo-wissenschaftlichen Herrscherkasten. Die CS ist nur mehr oder minder zufällig zu ihrem Rufe als Wiege von Freiheitsdenkern gelangt. Sie verdankte dies im wesentlichen der persönlichen Integrität ihrer Vertreter, die emotional der Partei der Freiheit angehörten und daher nicht willens waren, aus ihren Theorien all die praktischen Schlüsse zu ziehen, die aus ihnen gezogen werden können und die der Freiheit einen Bären dienst leisten.